

"Klima-Planwirtschaft"

Hayek-Gesellschaft diskutiert über Umwelt und Freiheit

ppl. FREIBURG, 29. Juni. Der Versuch der Politik, mit langfristigen Mengenzielen für Kohlendioxid (CO₂) und mit Quoten für bestimmte Energieformen den Klimawandel zu beeinflussen, stößt auf große Skepsis bei den Ökonomen der liberalen Hayek-Gesellschaft. Auf ihrer Jahrestagung in Freiburg gab es Warnungen vor einer "Klima-Planwirtschaft" und einer Einschränkung der Freiheitsräume der Bürger, wenn die Politik immer engere Vorgaben und immer mehr Verbote beschließe. Oft genug sei der ökologische Nutzen der Maßnahmen gar nicht erwiesen. Dagegen seien hohe Kosten und steigende Steuern zu befürchten.

In einer Diskussion zum Thema "Umwelt und Freiheit" betonte der Biologe und Klimaforscher Josef Reichholf von der Universität München, dass es seit der letzten Eiszeit mehrere stark ausgeprägte Warmzeiten gegeben habe. Diese seien stets günstig für die Entwicklung der Zivilisation und auch der Natur gewesen. So fielen in diese warmen Perioden das Aufkommen des Ackerbaus, die Entstehung der frühen Hochkulturen, die Blüte der Römerzeit und der Aufschwung im Hochmittelalter. Der Beginn der kleinen Eiszeit in der Neuzeit brachte härtere Wetterbedingungen in Europa und mehr Naturkatastrophen, etwa Stürme und Hochwasser. Angesichts des Ausmaßes der klimatischen Schwankungen in der Vergangenheit ohne jedes Zutun der Menschen, das Reichholf in seinem Bestseller "Eine kurze Naturgeschichte des letzten Jahrtausends" beschrieben hat, bezweifelt er die These von einer allein vom Menschen verursachten Erderwärmung der jüngsten Zeit. Es werde aber Druck auf Wissenschaftler ausgeübt, keine kritischen Meinungen zu äußern.

Auch in der Politik gebe es Zweifler, ergänzte der Ökonom und frühere Finanzminister von Sachsen-Anhalt, Karlheinz Paqué (FDP), der nun an der Universität Magdeburg lehrt. "Aber wer sich öffentlich gegen die derzeitige Klimapolitik stellt, der begeht politischen Selbstmord, so aufgeladen ist das politische Klima." Im Jahr 2030 verursache Deutschland nur knapp 2 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen, China dagegen gut ein Viertel, rechnete der Umweltpublizist Edgar Gärtner vor. Europa werde klimapolitisch immer unwichtiger. Die Beschlüsse der Bundesregierung von Meseberg und die EU-Pläne zur Reduktion des Kohlendioxids kosteten die Verbraucher und die Steuerzahler viele hundert Milliarden, wenn nicht gar Billionen Euro. "Ihr messbarer Effekt ist aber gleich null", meinte Gärtner. "Wenn Deutschland aufhören würde zu existieren, dann würde das Weltklima es nicht einmal merken", sagte Reichholf. Seiner Ansicht nach wird der zu erwartende Bevölkerungsrückgang in Deutschland von 20 Prozent bis zum Jahr 2050 die CO₂-Reduktion von selbst erledigen.

Der Umweltjournalist Michael Miersch kritisierte, dass es in Umweltfragen zu viel Symbolpolitik gebe, die teuer und zuweilen sogar kontraproduktiv sei. Die hochsubventionierte Windkraft habe in Deutschland "bis heute kein einziges konventionelles Kraftwerk eingespart, weil der Wind nicht die konstante Grundlast garantieren kann", unterstrich er. Als weiteres Beispiel führte Miersch die Produktion von Biosprit an, die zunächst bejubelt wurde, nun aber verteufelt werde. Der Journalist Günter Ederer erinnerte daran, dass jeder einzelne Arbeitsplatz in der

deutschen Solarindustrie jährlich mit 153000 Euro subventioniert werde - weit mehr als die 78000 Euro Subvention für jeden Kohlearbeiter.

Allgemein herrschte auf der Tagung Skepsis bezüglich der Aussagekraft von Prognosen. Der Ökonom Klaus-Werner Schatz vom Institut der deutschen Wirtschaft erinnerte daran, dass Umwelt-Apokalyptiker sich bereits in früheren Großprognosen schwer geirrt hätten. "Der weitbeachtete Bericht über 'Die Grenzen des Wachstums' des Club of Rome von 1972 hat völlig falsch eine Zukunft von Chaos und Elend vorausgesagt." Das Modell sei damals auch mit den modernsten Computern durchgerechnet worden. Doch sei etwa der technologische Fortschritt unterschätzt worden. Weit in die Zukunft gerichtete Makroplanungen beruhten auf einer "Anmaßung von Wissen", kritisierte auch der Berliner Wirtschaftshistoriker Gerd Habermann. So war der allgemeine Tenor der Vorträge, dass die Zukunft des Klimawandels eher unsicher, die zunehmende Ausbeutung der Steuerzahler hingegen sicher sei.